

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/49

12. März 1974

Den CDU-Vorsitzenden beim Wort nehmen!

Sogar Dr. Kohl will jetzt beim Kampf um stabile Preise mithelfen

Von Wilhelm Dröschner
Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der
SPD Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 43 Zeilen

Was eigentlich ist Freiheit?

Aktuelle Überlegungen zu einem aktuellen Thema

Seite 3 / 41 Zeilen

Der doppelte Dr. Holzner

Zweierlei Maß beim Zweiten Deutschen Fernsehen

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 4 bis 6 / 107 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Den CDU-Vorsitzenden beim Wort nehmen!

Sogar Dr. Kohl will jetzt beim Kampf um stabile Preise mithelfen

Von Wilhelm Drüscher

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl hat am vergangenen Wochenende im rheinland-pfälzischen Bad Kreuznach der Bundesregierung "die Mithilfe der Opposition bei der Inflationsbekämpfung" angeboten. Völlig richtig hat Kohl erkannt, daß sich an der Stabilität der "moralische Anspruch der Demokratie" erweise. Gerade deshalb sollte der rheinland-pfälzische Regierungschef beim Wort genommen werden, aber nicht nur er, sondern die ganzen C-Parteien in Ländern, Bundestag und Bundesrat.

Wer, wie Kohl, stets sehr schnell mit hohen "moralischen Ansprüchen" um sich wirft, darf aus der freiwillig übernommenen Verpflichtung, an der Bekämpfung weltweiter inflatorischer Erscheinungen mitwirken zu wollen, wenn es um den "hausgemachten Teil" der Teuerungen geht, so schnell nicht mehr entlassen werden, obwohl Kohl selbst schon eine entscheidende Relativierung vorgenommen hat. Er schränkte nämlich ein, daß die Opposition denn zur stabilitätspolitischen Mitarbeit bereit sei, wenn die Regierung die CDU/CSU-Vorschläge annehme. So jedenfalls berichtete dies die Deutsche Presse-Agentur.

Bundesregierung und Koalitionsparteien täten aber dennoch gut, das Thema eines Zusammenwirkens bei der Bekämpfung der hausgemachten Teuerung auf dem Tisch zu belassen und an Kohl und die Unionsparteien konkrete Fragen zu richten und auch um Vorlage der "Ratschläge" zu ersuchen, die

Kohl offenbar parat hat. Mit der Elle des Kohl'schen guten Willens sollten dann aber in Bonn und in den Ländern auch alle Anträge gemessen werden, die CDU/CSU und unionsregierte Länder im Bundesrat und im Bundestag stellen.

Bislang bestanden die Vorschläge der Union jedenfalls nur in unzähligen Anträgen, die auf der einen Seite Mehrausgaben von rund 50 Milliarden DM und Mindereinnahmen von einem guten Dutzend Milliarden DM im Gefolge hatten. Und selbst die guten Ratschläge aus Mainz, die etwa Post und Bundesbahn galten, gehen jeweils nur dahin, daß das Land Rheinland-Pfalz, in dem Herr Kohl das Sagen hat, praktisch alle Einsparungsvorschläge verwirft, wann sie das Land betreffen, aber gleichzeitig alle Einnahmeverbesserungen als Kennzeichen "sozialliberaler Mißwirtschaft" kritisiert.

Vielleicht will die CDU/CSU aber doch einen Weg seriöserer Haushalts- und Finanzpolitik einschlagen und dem Bund bei der Bewältigung jener schweren Aufgaben helfen, statt ihm laufend in den Rücken zu fallen. Angesichts der Tatsache, daß Herr Kohl zur Zeit die Forderungen fast aller Interessentenverbände sich zueigen macht, wird man allerdings Vorbehalte hinsichtlich der Ernsthaftigkeit der Offerte aus der Mainzer Staatskanzlei anmelden müssen. Daß er beispielsweise Anfang Februar für die Übernahme aller Lehrer in den höheren Dienst eintrat, ohne auch nur einen Satz über die Verwirklichung dieses von Hessen bereits gegangenen Weges in seinem eigenen Land zu sagen, ist ein Beispiel für die Skepsis, die hier angebracht ist.

(-/12.3.1974/bgy/bgy/ja)

+ + +

Was eigentlich ist Freiheit?

Aktuelle Überlegungen zu einem aktuellen Thema

Wir sind mitten dabei, unsere Grundwerte und Grundrechte selbst zu demontieren. Die banale Gleichgültigkeit, mit der beispielsweise heute der Begriff Freiheit zum gängigen Gesprächswort gemacht wird, das man ohne jedes weitere Nachdenken vor sich hinredet oder es gar als Konsumgegenstand mißbraucht, wird zum jähren Erschrecken, wenn man sich erst einmal dieses verheerenden Tatbestandes inne wird.

Für Freiheit haben unsere Vorfäter jahrhundertlang erbittert unter Einsatz von Gut und Leben gekämpft, bis die bürgerliche Freiheit endlich verbrieftes Verfassungsrecht werden konnte. Für die Freiheit wurden Schlachten geschlagen und Tausende getötet. Freiheit war - und vergessen wir es nur nicht: ist auch heute - für Millionen ein Traum, für dessen Verwirklichung man selbst zum Opfer zu werden vermöchte. Freiheit ist für die Menschen in den Konzentrations- und Isolierlagern unserer Gegenwart die unter zornigen und gedemütigten Tränen glühend ersehnte Bestätigung ihres wirklichen Daseins.

In unserer Umgebung wird diese Freiheit zum Konsumschlager. Auf den Kinoleinwänden wird zur Griffigmachung der Werbung für eine Zigarettenmarke die Freiheit nicht nur zur Wahl unter Konkurrenzmarken, nein: für das Raucherkönnen selbst in Anspruch genommen. Das sind dieselben "freien Bürger", für die die Vorstände von Interessenverbänden beispielsweise die "freie Fahrt" fordern, bei der sie dann, um es Baden-Württemberg CDU-Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger nachzuempfinden, "befreiende Gefühle" haben, wenn sie so richtig auf den Gashebel treten und über die Bundesautobahnen rasen.

Was ist mit unserer Gesellschaft geschehen, was spielt sich bloß in diesen Köpfen ab? Ist Freiheit für sie wirklich nichts anderes mehr als Hemmunglosigkeit in irgendwelcher Form und Spielart, ist Freiheit tatsächlich nichts mehr als Tun und Lassen, was man will? Ist Freiheit lediglich das harte Beiseiterücken des anderen, des Schwächeren, des Kleineren, des Ungeschickteren? Ist Freiheit nur noch ein Sich-nicht-um-den-anderen-kümmern, das individuellen oder schlimmer noch kollektiveren Geht-mir-aus-dem-Weg, des Laßt-mich-in-Ruhe, des Das-ist-meine-Sache?

In einem ruhig-gelangweilten Viertel des Bonner Stadtteils Bad Godesberg wurde eine Frau brutal ermordet. Die Nachbarn der alleinstehenden Witwe hörten Hilfeschreie, hörten Türeschlagen, hörten eilige Schritte auf den Treppen. Dann war wieder Ruhe, aber keiner, kein einziger kümmerte sich um den sogenannten Nachbarn, der dann in einem Aufzugswinkel im Keller gefunden wurde.

Wir sollten uns alle sehr angelegentlich darum kümmern, daß wir die Freiheit retten, bevor wir sie mit unserer Selbstsucht selbst zerstören und zerschlagen und in Stücken aus den Händen verlieren. Und unsere Würde dazu.
(ee/12.3.1974/bgy/ee)

+ + +

Der doppelte Dr. Holzemer

Zweierlei Maß beim Zweiten Deutschen Fernsehen

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der wortgewandte Mainzer Fernseh-Professor, dem Bekenntnisse zur Presse- und Meinungsfreiheit, zur objektiven und umfassenden Darstellung der politischen und gesellschaftspolitischen deutschen Wirklichkeit und zur Ausgewogenheit des von ihm zu verantwortenden ZDF-Programms so glatt und wohlfeil über die Lippen fließen, hat seiner Glaubwürdigkeit erneut schweren Schaden zugefügt. Er hat in diesen Tagen den schlüssigen Beweis geliefert, daß "journalistische Sorgfaltspflicht" für ihn keineswegs ein fester, sondern ein nach Opportunität auslegungsfähiger Begriff ist. Er hat seine Rolle als Statthalter und Vollstrecker der CSU/CDU in der immerhin von allen Bundesländern gegründeten und getragenen öffentlich-rechtlichen Anstalt ZDF wieder einmal so kräftig überzogen, daß man Motivforschung für eine solche unverhohlene Einseitigkeit betreiben muß.

Man stößt dabei bald auf die Tatsache, daß die klügeren und längerfristig operierenden Rundfunkpolitiker in der Union den seit 1962 amtierenden Intendanten mit zunehmender Hartnäckigkeit zu "bitten" beginnen, an sein Alter und an seine Gesundheit zu denken und diese Faktoren in Beziehung zu den Bürden seines Amtes zu bringen. Daraus glaubt Dr. Holzemer offensichtlich eine "Selbstverpflichtung" ableiten zu müssen, der Opposition noch stärkere Avancen in der Programm- und Personalpolitik zu machen. Dies ist ein Vorgang, der nicht nur die Aufmerksamkeit der ZDF-Mitarbeiter, sondern mittlerweile auch einer immer breiter werdenden Öffentlichkeit erregt.

Solche gewichtige Vorbehalte gegen die Amtsführung des ZDF-Intendanten bedürfen natürlich der sachlichen Begründung: Prof. Dr. Karl Holzemer hat den in der Fachwelt und von einer großen Zuschauergemeinde hochgeschätzten Moderator des Kulturmagazins "Aspekte", Reinhart Hoffmeister, in der ver-

gangenen Woche falsch beurteilt und sogar endgültig und friatlos in die Wüste schicken wollen, weil dieser den engagierten Schriftsteller Gerhard Zwerenz einen Kommentar sprechen ließ, in dem angebliche Entgleisungen der Frankfurter Polizei gegenüber Demonstranten angeprangert worden waren. Mittlerweile steht fest, daß Zwerenz bei diesem Engagement falschen Informationen zum Opfer gefallen ist. Weil Redaktionsleiter Hoffmeister zwar den Zwerenz-Beitrag als persönliche Meinungsäußerung des Autors über die Bildschirme laufen ließ, aber dessen Vorwürfe an die Adresse der Frankfurter Polizei nicht gründlich überprüft hatte, erhob der Intendant die Anschuldigung einer Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht. Dies mag teilweise begründet sein.

Aber: Intendant Holzamer muß sich trotzdem folgendes fragen lassen:

Wo ist eine auch nur halbwegs vergleichbare Reaktion geblieben, als der Leiter und Moderator des "ZDF-Magazin", Gerhard Löwenthal, unter kaum noch zu übertreffender Vernechtung der journalistischen Sorgfaltspflicht die sogenannte "Bevilacqua-Affäre" gegen den Chefredakteur und einen leitenden Mitarbeiter der Illustrierten "Stern" inszeniert hat. Diese in der Geschichte des deutschen Fernsehens bisher einmalige Fehlleistung kostete das ZDF und damit seine Gebührenzahler nahezu 400.000 DM an Gerichtskosten und Schadensersatz. Obwohl die Anstalt ZDF dadurch nicht nur Geld, sondern auch in erheblichem Umfang Ansehen verloren hat, war der Intendant weder gegenüber dem Fernsehrat noch vor dem Ausschuß für Politik und Zeitgeschehen bereit, auch nur die Andeutung einer Rüge oder einer disziplinären Maßnahme zu machen bzw. in Erwägung zu ziehen.

Wo ist bisher der Beweis für die Seriosität des Herrn Hoppensack geblieben, den Löwenthal unter gravierender Vernechtung der gebotenen Quellen-Recherchen im "ZDF-Magazin" mit der durchsichtigen Absicht präsentiert hat, die vor dem Abschluß stehende Arbeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestages zu stören und mit Zielrichtung auf die SPD den "Fall Steiner" noch einmal anzuzünden.

Weitere Beispiele für die vermutlich auf Angst oder Opportunismus zurückzuführende Begünstigung von Löwenthal durch den "unabhängigen" ZDF-Inten-

denten gibt es in ausreichender Zahl und Deutlichkeit.

Daraus nur eine kleine Auswahl: a/ Trotz wiederholter Initiativen aus dem Fernsehrat hat sich der Intendant gewunden und geweigert, sich von der durch Zeugen belegten Entgleisung Löwenthals zu distanzieren, die sich am Abend nach dem mißglückten Mißtrauensvotum im Bundestag ereignet hatte. Damals hatte Löwenthal den FDP-Vorsitzenden und Bundesaußenminister Walter Scheel in der Bayerischen Landesvertretung als "politischen Desperado" bezeichnet und ihm bei Erscheinen Ohrfeigen angedroht. Mit faden-scheinigen formaljuristischen Argumenten kniff der Intendant vor der gebotenen gerichtlichen Klärung dieses ungeheuerlichen Vorgangs. b/ Unmittelbar nach dem sogenannten "Ohrfeigen-Prozeß" vor einer Einzelrichterin in Wiesbaden fühlte sich der Intendant gedrängt, ohne detaillierte Kenntnis des Verhandlungsablaufs seinen Löwenthal zur Personifizierung der bedrohten Meinungs- und Pressefreiheit hochzustilisieren. Wie kann es der Intendant einer öffentlich-rechtlichen Anstalt eigentlich mit seinem Selbstverständnis vereinbaren, derartige Richterschalte nur aufgrund von Presseberichten und ohne Beachtung des von ihm so oft proklamierten Prinzips des "audiatur altere pars" zu üben?

Der "Fall Hoffmeister" ist der vorläufige Schlußpunkt dieser einbügigen Verhaltensweise des Intendanten. Dies wirft die Frage auf, was dieser Intendant - und man muß wohl auch sagen, seine Büchsenspanner - unter Presse- und Meinungsfreiheit und speziell unter der Wahrnehmung journalistischer Sorgfaltspflichten versteht oder verstehen läßt? Eine klare Antwort darauf erwarten nicht nur politische Parteien, sondern auch - wie in den Reaktionen erkennbar geworden ist - eine Reihe von Gruppen unserer Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund, der nicht nur durch Interventionen und Aktionen des Intendanten gegenüber dem Magazin "Aspekte", sondern auch im Bereich des Jugendmagazins "direkt" und der Vorechulserien gekennzeichnet ist, verdient eine Bemerkung des SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Willy Brandt besondere Beachtung, die er am vergangenen Freitag vor dem SPD-Vorstand gemacht hat: "Mein spezieller Rat an unsere Freunde in den Aufsichtsgremien von Funk und Fernsehen ist, der zunehmenden anti-liberalen Funktionärsherrschaft in einigen Anstalten und ihren Programmen mit grösserer Entschiedenheit entgegenzutreten."

In diesem Zusammenhang gehört - nicht als weiterer Kommentar - sondern als blanke Nachricht die folgende Meldung vom 10. März 1974: "Kritik an der zeitweiligen Beurlaubung des Moderators der Kulturmagazinsendung 'Aspekte', Reinhart Hoffmeister, durch den Intendanten des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), Karl Holzamer, haben liberale Journalisten aus Fernsehen, Hörfunk und Presse geübt, die im Gummersbacher Kreis zusammengeschlossen sind. Während einer Tagung des Kreises verabschiedeten die Journalisten eine Erklärung, in der sie den Intendanten auffordern, 'jeden Mitarbeiter des Hauses unabhängig von seiner politischen Überzeugung gleich zu behandeln'. Die Zurücknahme der Beurlaubung Hoffmeisters könne 'nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei um den Versuch handelte, Programm-Mitarbeiter in ihrer freien verantwortungsvollen journalistischen Tätigkeit zu behindern und einzuschüchtern'."

Fazit: Der "doppelte Holzamer" ist endgültig durchschaut!
(-/12.3.1974/ka/bgy/ja)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller